

## ARGUMENTATIONSPAPIER

# LEHRERSTELLEN IN HESSEN

### Geplante Änderungen bei Zuweisung mit Lehrerstellen

Im kommenden Schuljahr sollen die Zuweisungen für die Grundschulen um landesweit ca. 140 Stellen und die gymnasiale Oberstufe (sowohl der Gymnasien, als auch der Gesamtschulen), der Beruflichen Gymnasien, Abendgymnasien und Hessenkollegs um ca. 160 Stellen gesenkt werden. In der Oberstufe wird dazu der Schülerfaktor für die E-Phase (Klassenstufe 10 bei G8 bzw. 11 bei G9) um 7,9% im kommenden Schuljahr gekürzt. Für Q1/Q2 (Klassenstufe 11 bzw. 12) ist eine Kürzung des Schülerfaktors um 4,5% ab dem Schuljahr 2016/17 und für Q3/Q4 (Klassenstufe 12 bzw. 13) ebenfalls eine Kürzung um 4,5% ab dem Schuljahr 2017/18 vorgesehen. Nach Angaben des Deutschen Lehrerverbands Hessen wird das also weitere 80 Stellen im Schuljahr 2016/17 und 75 Stellen im Schuljahr 2017/18 betreffen. Die Kürzung im Bereich der gymnasialen Oberstufe addiert sich somit auf insgesamt ca. 335 Stellen, dazu kommen die 140 Stellen im Grundschulbereich. Dies begründet unseren Vorwurf, dass die schwarzgrüne Koalition die Schulen, vor allem aber die Gymnasien, zum Steinbruch ihrer Politik macht.

Bei den Intensivklassen, in denen Schüler ohne hinreichende Deutschkenntnisse vor dem Eintritt in eine Regelklasse grundlegende Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben, wurde die Zuweisung (im Bereich der Sekundarstufe I) im jetzigen Schuljahr von 28 auf 25 Stunden gekürzt, obwohl die Schülerinnen und Schüler einen Anspruch auf 28 Stunden Unterricht haben. Für das kommende Schuljahr ist eine weitere Absenkung auf 22 Stunden geplant (im Grundschulbereich auf 18 Stunden).

Lehrerschaft, Eltern und Schüler haben mit einer Vielzahl von Resolutionen an den Kultusminister und Demonstrationen gegen diese Pläne protestiert. Prof. Lorz musste bereits zugeben, dass er mit dieser Welle nicht gerechnet habe.

### Argumente der Landesregierung

1. Es findet keine Stellenkürzung statt, da die Zahl der Lehrerstellen trotz sinkender Schülerzahlen gleich bleibt. Die sogenannte demographische Rendite (es werden weniger Lehrer gebraucht, weil es weniger Schüler gibt) bleibt im Schulsystem, während andere Länder (angeblich sogar alle anderen) diese zumindest teilweise für Einsparungen nutzen. Über alle Schulformen und über das ganze Land gesehen, verbessert sich also die Schüler-Lehrer-Relation im Durchschnitt.
2. Die in den Grundschulen und gymnasialen Oberstufen eingesparten Stellen werden umgelenkt in zusätzliche Stellen für den Ganztags schulbereich („Pakt für den Nachmittag“), inklusive Beschulung, Deutschfördermaßnahmen und zur Aufstockung der sozialindizierten Lehrerzuweisung.
3. Die Einsparungen in den gymnasialen Oberstufen seien gar nicht so groß und deshalb vertretbar, die durchschnittliche Schülerzahl für einen Grundkurs würde von 18,9 auf 19,9 und für einen Leistungskurs von 16,7 auf 17,7 steigen.

## ARGUMENTATIONSPAPIER

# LEHRERSTELLEN IN HESSEN

### Tatsächliche Auswirkungen

Abgesehen von der Frage, ob die zusätzlichen Stellen etwa im Bereich Ganztags tatsächlich Lehrer sind, nützt es den von den Umschichtungen betroffenen Schülern nicht, wenn die an ihren Schulen eingesparten Lehrerstellen anderswo im Schulsystem verbleiben. Die Argumentation mit Durchschnitten geht zudem an der Wirklichkeit in den Schulen vorbei. Viele Kurse können nicht einfach vergrößert werden, weil sie gar nicht von so vielen Schülern gewählt werden, wie dies dann nötig wäre. Es könnten alternativ auch beliebtere Kurse zusammengelegt werden, um Lehrerwochenstunden zu sparen. Aber auch dies geht nur, wenn dies nicht zu übergroßen Kursen führt. Im Endeffekt stehen die meisten Schulleiter der gymnasialen Oberstufe deshalb vor der Alternative, das Wahlangebot gerade in weniger nachgefragten Fächern einzuschränken oder deutlich größere Klassen/Kurse zu akzeptieren.

Gymnasien und Gesamtschulen, die über eine Sekundarstufe I verfügen, können die Kürzungen etwas abfedern, in dem sie einen Teil der Lehrerstunden dort einsparen. Dies führt aber nur zu einer breiteren Streuung des von schwarzgrün zu verantwortenden Mangels. Oberstufengymnasien können aber nicht einmal das, so dass sie bei einer Kürzung von rechnerisch 5,6 Prozent über die gesamte Oberstufe ab dem Schuljahr 2017/18 nicht nur Gefahr laufen unter die garantierte Lehrerversorgung von 104 Prozent, sondern sogar unter 100 Prozent zu fallen.

### Der Standpunkt der FDP-Landtagsfraktion

Wenn die Landesregierung insbesondere auf Wunsch der Grünen den Schulen zusätzliche Aufgaben gibt – so nachvollziehbar diese mitunter auch sein mögen – muss sie auch für die nötigen Ressourcen sorgen. Es kann nicht sein, dass einzelne Bildungsbereiche gegeneinander ausgespielt werden und die Gymnasien zum Steinbruch für grüne Projekte gemacht werden. Die FDP hat in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit der CDU in einer finanziellen und politischen Kraftanstrengung 2500 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, um eine 105prozentige Lehrerversorgung im Landesschnitt zu erreichen. Schwarz-Grün räumt diese Errungenschaft nun wieder ab.

Wie die Lehrerverbände fühlen auch wir uns als Teilnehmer des Bildungsgipfels brüskiert. Während auf Einladung der Landesregierung ein Bildungsfrieden verhandelt wurde, schuf sie bereits Fakten – zu Lasten gerade der gymnasialen Bildung.